

Maritta Strasser Campact e.V.

Thesen zum allgemeinen Teil

CETA-Anhörung im Wirtschaftsausschuss des Bundestages

am 15. Dezember 2014, 14 Uhr

These:

CETA bringt nur vermeintlich wirtschaftlichen Vorteile für Deutschland und Europa

Wirtschaftliche Vorteile für die Volkswirtschaft sind wissenschaftlich nicht belegbar. Untersucht worden ist bisher lediglich TTIP. Die Ergebnisse sind methodisch umstritten und insgesamt ernüchternd¹. Es gibt sogar eine ganz neue Studie, die in der Summe spürbare Arbeitsplatz- und Wachstumsverluste erwartet².

In einem Punkt sind sich die Wissenschaftler einig: Es wird Gewinner und Verlierer bei diesen Abkommen geben. Das gilt zum Einen auf der Ebene von Staaten: Der transatlantische Handel wird zum Beispiel auf Kosten des innereuropäischen Handels wachsen, Entwicklungsländer und ausgerechnet europäische Krisenländer werden Anteile verlieren. Verlierer gibt es aber auch innerhalb von Gesellschaften sämtlicher Länder. Bestimmte Branchen, bestimmte Regionen, gewisse Personengruppen werden dafür zahlen dass andere profitieren. Das damit verbundene Gerechtigkeitsproblem stört übrigens nicht nur diejenigen, die unmittelbar betroffen sind. Und ob sich Gewinne und Verluste insgesamt per Saldo ausgleichen bleibt wie gesagt nicht belegbar.

Der Gesetzgeber muss aufpassen. Wenn am Ende Gewinner des Abkommens hauptsächlich Unternehmen und Privatpersonen sind, die ihre Gewinne im Ausland versteuern, dann sind die Zumutungen für die Verlierer erst recht nicht zu rechtfertigen. Das hat nichts mit nationaler Nabelschau zu tun, sondern mit der Verantwortung für die Wahrung der berechtigten Interessen der Menschen in diesem Lande.

These:

Es gibt in Europa eine kritische Debatte zu CETA - nicht nur in Deutschland

Zunächst einmal sollten wir nicht beklagen, dass in Deutschland über die Abkommen so intensiv und leidenschaftlich diskutiert wird. Das war bei vielen Abkommen in der Vergangenheit nicht der Fall. Und in Zeiten sinkender Wahlbeteiligungen ist es ein gutes Zeichen, wenn die Menschen sich einmischen und mitreden wollen. Dass das jetzt mehr und mehr auch in anderen EU-Mitgliedsländern passiert, zeigt dass die Sorgen ernst genommen werden müssen.

Aus Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich gibt es Beschlüsse der Parlamente und/oder klare Aussagen der Regierungen, dass sie keine Handelsabkommen mit den umstrittenen Investorenklagen wollen. Das ist mehr als wir hier in Deutschland haben. Das Bündnis der selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA umfasst inzwischen 320 Organisationen aus 24 EU-Ländern.

Die selbstorganisierte EBI Stop TTIP hat in weniger als zwei Monaten die erste Million

1 Bertelsmannstiftung, 2013

2 Jeronim Capaldo, Tufts University, 2014

Unterschriften erreicht, und dabei die Länderquoren in 7 Ländern erreicht, das sind Großbritannien, Österreich, Deutschland, Slowenien, Finnland, Luxemburg, und Frankreich. Die Niederlande stehen ganz kurz vor der Erreichung des Quorums.

Auch jenseits des Atlantiks wächst die Kritik. Dort sind den Menschen die schlechten Erfahrungen mit dem Abkommen NAFTA noch lebhaft in Erinnerung. Statt der versprochenen Millionen zusätzlichen Arbeitsplätze hat das Abkommen den USA in der Industrie und in Mexiko in der Landwirtschaft massive Jobverluste gebracht. In Kanada gibt es durch NAFTA zahlreiche fragwürdige Investorenklagen. Die Kanadische Regierung wollte daraus die Konsequenz ziehen und wenigstens die Patentierbarkeit von Medikamenten aus ISDS heraushalten, damit sie verhindern kann dass mit Scheininnovationen ihr Gesundheitssystem belastet wird. Darauf hat sich die EU nicht eingelassen.

Es gibt eine enge transatlantische Zusammenarbeit im Widerstand gegen diese Art der Handelspolitik zu Lasten der kleinen Leute. Nichtregierungsorganisationen auf beiden Seiten des Atlantiks ziehen an einem Strang und unterstützen einander. Es geht nicht um Europa gegen Amerika, sondern um die Interessen der vielen ganz normalen Bürger/innen in allen betroffenen Ländern gegen die Interessen weniger großer Konzerne.

These:

Auch aus geostrategischen Gründen brauchen wir CETA nicht

Erstens: Der Geist der transatlantischen Freundschaft lebt nicht durch eine international mobile Wirtschaftselite, sondern durch gelebten Austausch und Gemeinsamkeiten der Völker. Das gemeinsame Interesse an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, an der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und an einer gerechten Verteilung des Wohlstands, das schweißt Kanada und die EU zusammen. CETA trägt zu dieser Gemeinsamkeit der Völker nichts bei. Es ist ganz allein ein Projekt einer kleinen Wirtschaftselite. Der Mittelstand, die breite Basis der Wirtschaft, ist mehrheitlich desinteressiert bis skeptisch.

Zweitens: Europa steckt in einer Krise. Europaweit haben Euroskeptiker Zulauf, und auch Deutschland hat mit der AfD jetzt eine entsprechende Partei mit erheblichem Potenzial. In dieser Situation sind Abkommen wie CETA und mehr noch TTIP geradezu fahrlässig. Die Einengung der demokratischen Gestaltungsspielräume durch diese Abkommen ist Wasser auf die Mühlen derjenigen, die in "Brüssel" nur eine technokratische Elite am Werk sehen die sich hinter internationalen Verträgen versteckt, aber gegenüber den Wünschen der Bevölkerung nicht mehr reagiert. Das schafft Europamüdigkeit und mehr noch, Politikverdrossenheit. CETA und TTIP schwächen aber auch den innereuropäischen Zusammenhalt auf der Ebene der Regierungszusammenarbeit, weil die Gewinne und Verluste in Europa sehr ungleich verteilt sein werden. Sie stellen den Acquis Communautaire durch das Bestreben nach Kohärenz mit den transatlantischen Partnern in Frage. Und durch das intransparente Vorgehen der Kommission, durch ihre Weigerung, zivilgesellschaftlichen Akteuren und den Parlamenten mehr Mitsprache zu gewähren, wird die ohnehin brüchige Legitimation der europäischen Institutionen weiter ausgehöhlt. CETA und TTIP schaden der europäischen Idee.

Drittens: Auch im globalen Maßstab trägt CETA nichts zu einer besseren Weltordnung bei. Es mag zwar sein, dass bei einer Einigung der wichtigsten globalen Märkte über bestimmte technische Normen und Standards ein Zwang zur Anpassung in Richtung Asien entstehen

kann. Aber dazu genügt es, ein Abkommen über die Vereinheitlichung rein technischer Standards zu schließen, also einfach die berühmte Farbe der Blinker beim Auto festzulegen. Bei gegenseitigen Marktöffnungen entsteht nicht dieser Druck mitzumachen, denn die Abschottung von Märkten bietet gerade aufholenden Wirtschaftsräumen wie China nach wie vor massive Vorteile. Diese Logik der Angleichung durch das gemeinsame Vorgehen großer Partner funktioniert auch nicht beim Investorenschutz. Es gibt keine empirische Belege, dass Investitionsschutzmechanismen mehr Direktinvestitionen zur Folge haben. Somit kann auch kein Druck auf Dritte entstehen, bei dem System mitzumachen. Schon gar nicht lässt sich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf dem Weg internationaler Handelsverträge exportieren. Das hat die Vergangenheit hinreichend gezeigt.

Viertens: Für die geostrategischen Ziele gibt es bessere Mittel. Der Multilateralismus wird durch Mega-Regionals geschwächt. Er sollte im Gegenteil gestärkt werden. Eine nachhaltige Wirtschaftsordnung berücksichtigt die Interessen der sich entwickelnden Länder. Wenn die Industriestaaten stärker auf Partnerschaft und weniger auf einseitige Interessensdurchsetzung setzen, wird der WTO-Prozess wieder in Gang kommen.